

POPULISTISCHE PROPAGANDA

wir

gegen die anderen

Populismus ist ein wiederkehrendes Phänomen, das die Demokratie und die mit ihr verbundenen Werte von individuellen Menschenrechten und Toleranz bedroht. Ein Blick in das vergangene Jahrhundert verdeutlicht die Gefährlichkeit populistischer Propaganda, die den Weg zu Faschismus und Nationalsozialismus bereitet. Der zugrunde liegende Mechanismus ist dabei simpel: Unsicherheit erzeugt Angst, die sich als Ablehnung oder Hass gegen "Feindgruppen" äußern kann. Insbesondere im Zuge der aktuellen Wirtschaftskrise ist mit einem Ansteigen populistischer Diskurse in Europa zu rechnen.

WAS BEDEUTET POPULISMUS?

Populismus bezeichnet eine um „Volksnähe“ bemühte Politik, die Ängste und Emotionen der Bevölkerung für eigene Zwecke nutzt und vermeintlich einfache Lösungen für komplexe Probleme propagiert. Populismus bedient sich gängiger Klischees und Vorurteile, um eine bestimmte Position im politischen Feld zu erzielen. Das Prinzip lautet dabei „Wir gegen die anderen“ – Zielgruppe sind Menschen, die sich durch die bestehende gesellschaftliche Ordnung benachteiligt sehen und sich gegen politische und kulturelle Eliten richten.

POPULISMUS ALS WAHLTAKTIK

Häufig wird Populismus in politischen Kampagnen verwendet, so auch im Superwahljahr 2009 in der Europäischen Union. Populisten und Rechtsextreme nutzen als Themen z.B. die Wirtschaftskrise und ihre sozialen Folgen. Ihr Ziel ist es, an Ängsten und Vorurteilen der Mehrheitsbevölkerung anzuknüpfen und simple Antworten auf schwierige Probleme zu liefern, um Zustimmung für ihre politische Ideologie zu gewinnen.

In ganz Europa finden sich Beispiele populistischer Rhetorik:

- 2009 rief ein Arbeiterstreik in Großbritannien unter dem Motto „Britische Jobs für britische Arbeiter“ zu einem Protektionismus des britischen Arbeitsmarktes gegen ausländische Arbeiter auf;
- In einer Wahlkampfrede in Spanien im Jahr 2008 behauptete der Vorsitzende der konservativen Partei, Mariano Rajoy, dass Zuwanderer die Sozialversicherung der spanischen Arbeiter gefährden;
- Nach der Koalitionsbildung der Partei Berlusconi und der rechtsextremen Lega Nord bei den italienischen Parlamentswahlen 2008 ließ der Chef der Lega Nord, Umberto Bossi, verlautbaren, er verfüge über bewaffnete Männer, die bereit sind, im Namen der öffentlichen Sicherheit zu handeln;
- Während der Unruhen in Frankreich im Jahr 2005 behauptete der damalige Präsidentschaftskandidat Nicolas Sarkozy, die „Ausländer“ seien schuld an den Randalen und bezeichnete sie als „racailles“ (Gesocks, Abschaum).
- Die polnischen Kaczynski-Zwillinge erregen mit ihren homophoben Äußerungen regelmäßig internationale Aufmerksamkeit. Sie lehnen die Gleichstellung von Hetero- und Homosexuellen ab.

Zeitlose Einstellungen?

Zwei aktuelle Befragungen europäischer Bürgerinnen und Bürger veranschaulichen, wie Populisten und Rechtsextremisten antidemokratische und intolerante Ressentiments nutzen, um politischen Einfluss zu erlangen:

- Im Jahr 2009 veröffentlichte die *Anti-Defamation League* die Ergebnisse einer Studie zu antisemitischen Einstellungen in Europa. Die schockierenden Befunde: 31 % der Europäer machen Juden für die Wirtschaftskrise verantwortlich.¹ Das ist derselbe Begründungszusammenhang, der in der Konsequenz zum Holocaust führte und zeigt, dass alte antisemitische Einstellungen in der Vergangenheit nicht überwunden wurden. Die „Wir gegen die anderen“-Logik schließt das Bestehen von „Feinden“ ein. In diesem Fall sind jene „Feinde“ Jüdinnen und Juden, die in antisemitischer Lesart als „Schattenmacht“ für die Finanzmisere verantwortlich gemacht werden. Solche Mythen werden gleichermaßen von Rechtsextremen wie Populisten herangezogen.
- Eine 2009 erschienene Studie des *Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen* kommt zu dem Ergebnis, dass rund 14,4% der befragten Jugendlichen „sehr ausländerfeindliche“ Einstellungen aufweisen; einer von zwanzig deutschen Jugendlichen gehört demnach einer rechtsextremen Gruppierung an. Die im Auftrag des Innenministeriums erstellte Studie zeigt auf, dass rechte Gruppierungen wesentlich erfolgreicher bei der Anwerbung von Jugendlichen sind als alle demokratischen politischen Nachwuchsorganisationen zusammen.² Diese Befunde verdeutlichen einmal mehr die Wichtigkeit des Engagements gegen intolerante Vorurteile und antidemokratische Einstellungen unter jungen Menschen.

¹ ADL: Attitudes Towards Jews in Seven European Countries, www.adl.org/PresRele/ASInt_13/5465_13.htm

² Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen: Jugendliche in Deutschland als Opfer und Täter von Gewalt, www.kfn.de/versions/kfn/assets/fb107.pdf

KENNZEICHEN VON POPULISMUS

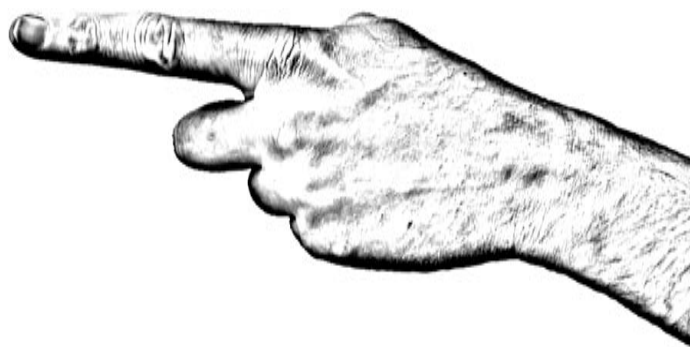
Vereinfachte Antworten auf komplexe Probleme, die für die Mehrheit schlüssig klingen, sich aber zumeist als unrealistisch und nicht durchführbar erweisen – „Schwarz-Weiß-Denken“: z.B. *Protektionismus zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise, Zuwanderungsstop zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, keine Sozialleistungen für Asylsuchende zum Schutz der Renten, höhere Gefängnisstrafen zur Senkung der Kriminalität usw.*

Emotionales Aufladen von Themen, z.B. *Kriminalität, Pädophilie, Integration, Zuwanderung, Steuern, soziale Gleichheit, Benzinpreise usw.*

Verwendung gängiger Klischees und Vorurteile, oft durch griffige Slogans: z.B. *„Britische Jobs für britische Arbeiter“*, *„Abendland in Christenhand“*, *„Europa wählt. Österreich entscheidet“*, *„Stop zur Islamisierung“*, *„Gegen die EU-Verräter“*, *„Litauen für Litauer“* usw.

Starker Patriotismus zur Rettung der „bedrohten Identität“ des Landes, u.a. durch *Globalisierung*, *„Islamisierung“*, *EU*, *Zuwanderung*, *verschiedene Kulturen / Religionen / Traditionen*, *zweisprachige Straßenschilder* usw.

WHO



shall we blame now?

Argumente gegen Fremdenfeindlichkeit in Spanien

Problem

In politischen Debatten während des Wahlkampfs finden sich populistische Bemerkungen z.B. zum Thema Zuwanderung, die an gängige Stereotype und Vorurteile der Wählerinnen und Wähler anknüpfen. Die Taktik ist einfach: Zuwanderung als Wahlkampf-Waffe einsetzen und durch nationalistisch-fremdenfeindliche Argumente auf Stimmenfang gehen. Die Betroffenen dieser populistischen Hetze werden dadurch stigmatisiert und kriminalisiert.

Handlungsmöglichkeiten

Die spanische Organisation *Bewegung gegen Intoleranz* hat eine Broschüre veröffentlicht, die auf die Gefahren von Populismus, insbesondere bei der Zuwanderungsthematik, hinweist. Die Broschüre enthält eine Auflistung häufiger populistischer Sprüche, z.B. „Man sollte nicht mehr ins Haus lassen als hineinpassen“ oder „Ausländer nehmen Spaniern die Arbeit weg, daher sollte der Arbeitsmarkt für Spanier geschützt werden“. Diese Aussagen werden mit klaren Argumenten widerlegt.

Download (Spanisch) unter:
www.movimientocontralaintolerancia.com/html/cuadernosAnalisis/cuadernos_analisis2.asp

“Wir gegen die anderen” - Zwei “erklärte Staatsfeinde”

Populismus hat viele Gesichter, sowohl hinsichtlich der geschaffenen Feindbilder als auch in verschiedenen Regionen und Ländern.

Was alle gemein haben, ist die Stigmatisierung von „Feinden“ nach dem Motto „Wir gegen die anderen“. Populismus verstärkt physische und geistige Barrieren und bedient sich bestehender Stereotype und Ängste, um die eigene politische Agenda ins Blickfeld zu rücken. Es gibt viele populistische Konzepte des „Feindes“, z.B. Homosexuelle, Migrantinnen und Migranten oder Jüdinnen und Juden. Zwei Gruppen, die bereits seit langem im besonderen Fokus populistischer Debatten stehen, sind Muslime und Roma.

ISLAMOPHOBIE

Die treffendste Definition des Begriffs Islamophobie stammt von der britischen Organisation *Runnymede Trust*¹: „Islamophobie ist die Angst oder der Hass des Islams und führt zur Abneigung aller Muslime und ihrer Diskriminierung im wirtschaftlichen, sozialen und öffentlichen Leben. Dies schließt die Wahrnehmung ein, dass der Islam keine Werte mit anderen Kulturen gemein hat, im Vergleich zum Westen minderwertig ist und nicht als Religion sondern als gewaltsame politische Ideologie zu verstehen ist“.

Islamophobe Ressentiments sind seit den Angriffen vom 11. September 2001 weltweit stark angestiegen. Auch in Europa ist nach den Terroranschlägen in Madrid am 11. März 2004 und London am 7. Juli 2005 vermehrt populistische Anti-Islam-Propaganda zu verzeichnen².

Demonstrationen und rechtsextreme Kampagnen gegen das Bauen von Moscheen finden überall in Europa statt, besonders in Spanien, der Schweiz, Deutschland, den Niederlanden, Österreich, Belgien, Frankreich, Italien und Großbritannien. Die Argumente gegen die angebliche „Islamisierung der Gesellschaft“ sind nicht nur islamophob, sondern auch rassistisch.

Obwohl die meisten politischen Parteien diese fremdenfeindlichen Stigmatisierungen nicht befürworteten, wird das Thema Islamophobie von einigen Medien und populistischen Parteien in Europa bedient. Ein Beispiel ist Geert Wilders, Mitglied des niederländischen Parlaments in der rechtspopulistischen Partij voor de Vrijheid (Partei für die Freiheit). Er fiel durch islamophobe Statements in der Öffentlichkeit auf, so forderte er u.a. das Verbot des Korans und einen Einwanderungsstopp für Muslime. Wilders ist der Produzent des umstrittenen anti-islamischen Kurzfilms „Fitna“, einem Zusammenschnitt aus Koranversen und Aufnahmen angeblich islamistisch motivierter Gewaltszenen. Bei ihrem erstmaligen Antritt bei den Europawahlen 2009 erreichte die Partei Geert Wilders' knapp 17% der Stimmen und wurde damit zweitstärkste Kraft in den Niederlanden. Sie entsendet 4 Abgeordnete ins Europäische Parlament.

¹ www.runnymedetrust.org

² Islamophobia Watch - www.islamophobia-watch.com

Stammtischgeflüster

Wahlkämpfe und steigender Rechtspopulismus scheinen sich gegenseitig zu bedingen. Im Rahmen des Projekts „Stammtischgeflüster“ thematisierte die Initiative „Social Impact“ aus Österreich in Kooperation mit Karikaturisten auf humorvolle Weise die Themen Fremdenfeindlichkeit, Religionsfreiheit, Anti-Ausländerwahlkampf. Die Bierdeckel mit Zeichnungen, Sprüchen und Hintergrundinformationen wurden in den Wochen vor der Nationalratswahl 2008 und der EM 2008 in vielen österreichischen Lokalen verteilt. Mit dieser Aktion sollten Vorurteile und Konflikte aufgezeigt und zum Nachdenken angeregt werden. Um die Wirkung auch dort entfalten zu können, wo viele der Konflikte entstehen, ging Social Impact mit dem Projekt Stammtischgeflüster direkt an die Wirtshaustische. Durch die Verwendung des Bierdeckels als Massenmedium wurde eine wirksame Präsenz am Ort der lokalen Meinungsbildung garantiert – „am Stammtisch“, wo die Gäste sich regelmäßig zum Bier treffen und über „Gott und die Welt“ diskutieren.

<http://social-impact.at>

Kein Kölsch für Nazis

Im Herbst 2008 protestierten mehr als 150 Kölner Kneipen und Kulturschaffende mit der Aktion „Kneipenkultur gegen rechts - Kein Kölsch für Nazis“ gegen die rechtsextreme Gruppierung „Pro Köln“, die einen „Anti-Islamisierungskongress“ mit Teilnehmenden aus ganz Europa in Köln geplant hatte. Der Kongress sollte dabei Teil einer Reihe von Ereignissen sein, die „Pro Köln“ gegen den genehmigten Bau einer Moschee und die angebliche „Islamisierung“ Europas veranstaltete. Rechtlich konnte der Kongress zwar nicht verboten werden, der Protest gegen das Ereignis war jedoch so enorm, dass die Veranstaltung abgesagt werden musste. Gewerkschaften, Initiativen, Vereine, SchülerInnen, StudentInnen, engagierte BürgerInnen und der Kölner Oberbürgermeister formierten sich zu einem

Bündnis, das die Stadt für die anreisenden Teilnehmenden des rassistischen Kongresses praktisch blockierte:

- Taxisfahrer weigerten sich, die Kongressteilnehmer zu ihren Hotels und dem Veranstaltungsort zu bringen
- Hotels sagten die Reservierungen von Kongressteilnehmern ab
- Bars und Restaurants schlossen sich unter dem Slogan „Kein Kölsch für Nazis“ zusammen und verweigerten die Bedienung von Kongressteilnehmern
- Tausende Aktivisten aus ganz Deutschland blockierten gemeinsam mit Kölnerinnen und Kölnern die Straßen der Stadt, um ihren Protest gegen den Kongress auszudrücken

www.hingegangen.mobi

ROMAPHOBIE

Valeriu Nicolae, Direktor des *European Roma Information Center*¹ schrieb in seinem Artikel Romaphobie – Europas akzeptabler Rassismus: „Wenn wir arm sind, ist es, weil wir nicht arbeiten wollen, wenn wir reich sind, ist es, weil wir stehlen.“

Mit diesem Satz beschreibt er das gängigste aller Vorurteile bei Europäern. Eine 2001 in Rumänien durchgeführte Umfrage verdeutlichte die beunruhigende öffentliche Meinung über die Romabevölkerung: 99 % der Befragten gaben an, Roma verdienen den geringsten Respekt aller ethnischen Minderheiten des Landes. Roma wurden in dieser Studie als „Diebe“, „schmutzig“ und „faul“ gebrandmarkt.

Roma werden europaweit als Sündenböcke missbraucht² Die Vorurteile sind tief in der Bevölkerung verankert und bilden das Umfeld, in dem sie von Populisten und Rechtsextremen als „Staatsfeinde“ kategorisiert und Opfer rassistischer Angriffe werden. Zur traurigen Realität gehören Folterungen von Roma in einem Polizeirevier in Kosice / Slowakei, Brandanschläge auf Roma-Siedlungen in Tschechien und Italien, Gewalttaten gegen Roma in Rumänien, rechtswidrige Aufmärsche gegen Roma-Unterkünfte in Tschechien, Belästigungen in spanischen Roma-Dörfern. Zwischen all diesen Beispielen sticht Italien besonders hervor: Fingerabdrücke der Roma-Bevölkerung, gewaltsame Angriffe auf Roma-Lager, romafeindliche Reden in den Medien. Die grausamen Folgen populistischer Hetze zeigen sich jedoch vor allem in der Gleichgültigkeit der Bevölkerung, wie eine Zeitungsüberschrift vom Juli 2008 grausam verdeutlicht: „Urlauber sonnen sich neben toten Kindern“. Zwei Roma-Mädchen waren bei Neapel im Meer ertrunken, über eine Stunde verblieben ihre toten Körper notdürftig zugedeckt am Strand, inmitten von teilnahmslosen Badeurlaubern.

¹ www.erionet.org

² EveryOne, Group for international cooperation on Human Rights Culture - www.everyonegroup.com

ACTION! Handeln als gemeinsame Verantwortung und moralische Verpflichtung

- Rassismus und Intoleranz bekämpfen
- Demokratie und Menschenrechte verteidigen
- Die Würde des Menschen schützen
- Europa vor Totalitarismus bewahren

Wer, wenn nicht wir? • Wo, wenn nicht hier? • Wann, wenn nicht jetzt?

Internetquellen

- **Eurozine** - Nový Populismus - Der neue Populismus - www.eurozine.com/comp/focalpoints/populism.html
- **Spiritus Temporis** - Alles zum Thema Populismus - www.spiritus-temporis.com/populism
- **ECRI** - Rassistische, antisemitische und fremdenfeindliche Elemente in politischen Diskursen
- **OSCE** - Rede des Hohen Kommissars für nationale Minderheiten der OSZE: "Der Anstieg von Populismus und seine Auswirkungen für nationale Minderheiten" - www.osce.org/item/35686.html
- **UNITED** Handreichung Nr. 3 - 'Hate Speech' erkennen und bekämpfen - www.unitedagainstracism.org/pages/thema03.htm

Diese Handreichung wurde von Valentín González (MCI, Spanien) und UNITED for Intercultural Action zusammengestellt.



Diese Handreichung ist Teil des Projekts „Zivilgesellschaft gegen Rechtsextremismus – Neue lebenslange Strategien gegen Rechtsextremismus“, gefördert durch das Grundtvig-Programm der Europäischen Union und umgesetzt von UNITED for Intercultural Action in Kooperation mit Partnerorganisationen aus 8 europäischen Ländern.

ADRESSE



Kulturbüro Sachsen - Mobiles Beratungsteam gegen Rechtsextremismus
Bautzner Strasse 45
D-01099 Dresden • Germany
Tel. 49-351-2721490 • Fax 49-351-56340898
buero@kulturbuero-sachsen.de
www.kulturbuero-sachsen.de

Die hier veröffentlichten Informationen müssen nicht der Meinung unserer Sponsoren entsprechen. Diese können für die Verwendung der Inhalte nicht verantwortlich gemacht werden.

Diese Veröffentlichung ist Teil des Projekts „Zivilgesellschaft gegen Rechtsextremismus“, unterstützt und teilfinanziert durch das Grundtvig-Programm der Europäischen Union.

Die Reproduktion, Übersetzung und Weiterverbreitung der Veröffentlichung von UNITED ist unter Angabe der Quelle (www.unitedagainstracism.org) und Information an die UNITED Geschäftsstelle gestattet.

